

# Über 340 000 Aussiedler

Die meisten kamen aus den von Polen verwalteten deutschen Ostgebieten

Neben dem ständigen Strom der Flüchtlinge aus der Sowjetzone hat in den letzten Jahren auch die Zahl der Aussiedler, die aus dem Machtbereich der Sowjetunion und ihrer östlichen Satelliten in die Bundesrepublik gekommen sind, erheblich zugenommen. Allein aus den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten sind nach den letzten Feststellungen im Jahre 1958 110 797 Aussiedler in die Bundesrepublik gekommen.

Damit wurde in diesem Jahr bereits die höchste jemals festgestellte Jahresziffer für Aussiedler erreicht. Insgesamt kamen von 1950 bis zum 30. September 1958 340 737 Aussiedler auf dem Wege über die Grenzdurchgangslager Friedland, Piding und Schalling in das Bundesgebiet. Hinter diesen nüchternen Zahlen verbergen sich menschliche Tragödien und ein politisches Schicksal. Es verbirgt sich dahinter aber auch die große Leistung des Bundes und der Länder und Kommunen, die alle diese Menschen aufgenommen haben und betreuten.

Gegen Ende des zweiten Weltkrieges war der größte Teil der deutschen Bevölkerung aus den östlichen Reichsprovinzen nach Westen geflüchtet. Hunderttausende, meist Frauen und Kinder und ältere Menschen, waren allerdings in den alten Heimatgebieten zurückgeblieben. Von ihnen wurden bis zum Jahre 1947 noch weitere Teile ausgewiesen. Nachdem diese Menschen nach und nach zu ihren in Mittel- und Westdeutschland lebenden Angehörigen wieder eine Verbindung fanden, die Schließung der Grenzen ihnen aber die Möglichkeit nahm, die Gemeinschaft mit ihren Angehörigen wieder herzustellen, hatte die Geburtsstunde einer umfangreichen Familienzusammenführung geschlagen.

#### Familienzusammenführung

Im Jahre 1949 gelang es dem Internationalen Roten Kreuz, die Voraussetzung für ein Abkommen zwischen den Besatzungsmächten und der polnischen Regierung zu schaffen, das unter der Bezeichnung „Operation Link“ innerhalb eines Jahres in den Jahren 1950/51 etwa 44 000 Deutschen in Westdeutschland und etwa der gleich großen Zahl in der sowjetisch besetzten Zone ermöglichte, die erzwungene Trennung der Familien zu

beenden. Ende 1954 wurde eine Vereinbarung über die Familienzusammenführung zwischen dem deutschen und dem polnischen Roten Kreuz für den polnischen Machtbereich getroffen. Diese Vereinbarung, die zurückgeht auf eine von den Rot-Kreuz-Gesellschaften in der Resolution Nr. 20 ausgesprochenen Empfehlung der XVIII. Internationalen Rot-Kreuz-Konferenz in Toronto im Juli 1950, führte zu weiteren Vereinbarungen in den Jahren 1955 und 1956.

Die Hauptaktion der Familienzusammenführung wurde 1955 beschlossen und 1956 verlängert. Die Aussiedlung aus den südosteuropäischen Ländern kam ebenfalls, nach teils langwierigen Verhandlungen, in Gang.

## Eine falsche polnische Deutung

Es ist immer wieder grundsätzlich festgestellt worden, daß mit der Aussiedlung aus den früheren deutschen Ostgebieten das Recht auf die Heimat erhalten bleibt. Das Westtageblatt Kattowitz „Dziennik Zachodni“ widerspricht dem Völkerrecht, wenn es schreibt: „Die Deutschen, die einstmal die polnischen Westgebiete bewohnten, brauchen sie auch nicht mehr. Diese Menschen zeigten bereits, wie sie es auffassen, indem sie sich vor dem Einmarsch der siegreichen Armeen aus unseren Gebieten entfernten. Weitere Millionen, die es zur rechten Zeit nicht schafften, benützten bereitwillig die Umsiedlungsaktion, indem sie anerkannten, daß in das deutsche Stammterritorium zurückgekehrt werden muß. Die übrigen, die in der Umsiedlungsaktion nicht erfaßt worden waren, vereinigten sich in den letzten Jahren vollkommen freiwillig mit ihren Familien, indem sie

Die Deutschen, die in diesen Ländern bis zum Schwarzen Meer hin oft seit Generationen lebten, waren zum Teil im Zuge der militärischen Räumung dieser Gebiete nach dem Westen gelangt oder später ausgewiesen worden. Soweit sie aber die schweren Zeiten des Zusammenbruchs und die daran anschließenden Jahre überstehen konnten, sind sie im wesentlichen in ihren Heimatgebieten geblieben, mit Ausnahme der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei. Bis auf Jugoslawien, das schon von 1951 an den Resten der durch Kriegs- und Nachkriegswirren dezimierten deutschen Bevölkerung die Ausreise gestattete, waren die Bemühungen zur Linderung der Not nicht sehr erfolgreich. Die deutsche Volksgruppe in Jugoslawien umfaßte einst 500 000 Menschen. Jetzt geht man noch von einer Zahl von 10 000 aus, deren Ausreise 1956 grundsätzlich beschlossen wurde. Die Aussiedlung der Rumänendeutschen, bei denen man auf Grund von Verhandlungen in Bukarest die Zahl von 8500 zugrunde legte, ging zunächst langsam aber stetig voran. In jüngster Zeit scheint eine Stockung eingetreten zu sein.

den polnischen Behörden hart zusetzten, ihnen die Ausreise zu ermöglichen.

In diesem großen Bevölkerungsprozeß entschieden die ehemaligen Einwohner der polnischen Westgebiete endgültig, wo sie ihr Vaterland suchen, auf welches sie ihr Anrecht haben; sie richteten sich in ihren neuen Aufenthaltsorten häuslich ein und zeigen kein Interesse für Rückkehrversprechungen.“

#### Das Recht auf die Heimat

Solchen und ähnlichen Versuchen der Auslegung ist von deutscher Seite immer wieder entgegengetreten worden. Bundesvertriebenenminister Oberländer hat eindeutig festgestellt:

„Die Aussiedlung all dieser deutschen Menschen hat ihre Wurzel in der gewalt-

Fortsetzung Seite 2



# Über 340 000 Aussiedler

Fortsetzung von Seite 1

samen Vertreibung der bodenständigen deutschen Bevölkerung aus ihren altangestammten Siedlungsgebieten. Sie kann nur in diesem Zusammenhang gesehen werden, denn in ihr wirkt der Zwang fort, der durch die Vertreibung erzeugt wurde und sich in der Entscheidung des einzelnen Aussiedlers fortsetzt, die mit ihren unerträglichen Verhältnissen zur Fremde gewordene Heimat nachträglich nun auch selbst zu verlassen. Es wäre deshalb irrig, darin eine freie Willensentscheidung des einzelnen zu sehen und hieraus etwa auf eine freiwillige Aufgabe der Heimat zu schließen. Umgekehrt kann auch nicht in der Aufnahme dieser Menschen eine Bestätigung solcher falschen Auffassungen oder gar eine Aufgabe deutscher Rechtsansprüche erblickt werden."

## Erschwerung auch in Warschau

Die Weiterführung der Aussiedlungsaktion aus Polen läßt sich nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten im voraus berechnen. Zu den wesentlichen Faktoren gehört vor allem eine Abmachung zwischen der sowjetischen und der polnischen Regierung, wonach insgesamt 1,3 Millionen Polen aus dem jetzigen sowjetischen Gebiet nach Westpolen umgesiedelt werden sollen. Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt spielen ebenfalls eine Rolle. Zurzeit scheint in Polen eine Umstellung des Verfahrens für die Ausreisegenehmigungen im Gange zu sein. Die Entscheidung soll nicht mehr bei den unteren Verwaltungsbehörden, sondern durch von oben politisch schneller zu steuernde Milizbehörden gefällt werden.

Die Umstellung hat schon teilweise zu Ausreisesperren geführt, so in Gleiwitz und Kattowitz. Die begreifliche Unruhe unter den Deutschen hat zur Folge, daß täglich neue Unterlagen für die Familienzusammenführung aus dem Westen angefordert werden. Die polnische Presse schreibt in diesem Zusammenhang, daß die Familienzusammenführung jetzt beendet sei. Fortan will man der Aktion den Namen „Emigration“ bzw. „Auswanderung“ geben. Darüber hinaus wird eine Verteuerung der Ausreise für möglich gehalten.

## Der Gesamtüberblick

Ein Gesamtüberblick über die Aussiedlung von 1950 bis einschließlich 30. September 1958 zeigt, daß aus den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten der weitaus größte Zustrom zu verzeichnen ist, nämlich über 250 000 Menschen.

Aus Danzig und Polen und sowjetisch verwalteten Gebieten und der UdSSR kamen	5 838 Pers.
aus der Tschechoslowakei kamen	19 635 Pers.
aus Jugoslawien kamen	52 406 Pers.
aus Bulgarien kamen	23 Pers.
aus Rumänien kamen	2 998 Pers.
aus Ungarn kamen	3 708 Pers.
aus Albanien kamen	2 Pers.
aus China kamen	852 Pers.
ungeklärte Fälle	1 560 Pers.

Zu der Gruppe der Aussiedler gehört auch jene Gruppe von Vertriebenen, die

erst nachträglich über das freie Ausland in die Bundesrepublik gekommen sind. Im Zeitraum zwischen 1950 bis zum 30. 9. 1958 wurden 42 849 Personen gezählt.

Alle diese Menschen sind im Bundesgebiet aufgenommen worden und gehören in der Betreuung zu dem großen Kreis der Vertriebenen, der Sowjetzonenflüchtlinge und der Kriegssachgeschädigten. Unterbringung, Arbeits- und Wohnungsbeschaffung, sowie Schulbetreuung haben den Bund und die Länder vor große Aufgaben gestellt.

## Die Hilfe des Bundes

Im Zusammenhang mit der Aufnahme und Verteilung der Aussiedler wurden vom Bund aus Mitteln der Kriegsfolgenhilfe zur Verfügung gestellt:

- den Ländern im Rahmen der Pauschalierung zugeteilte Mittel,
- Zuschüsse für Familienzusammenführung und Kinderdienst,
- Sondermittel für Rückführungskosten.

Der Bund bezahlt alle Kosten, die bei der Aussiedlung beispielsweise aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten ab Stettin, dem Ausgangspunkt der Aussiedlerzüge, entstehen. Dazu gehören nicht nur die Fahrtkosten für den einzelnen Aussiedler, sondern auch die Verrechnung der Zugbenutzung und bei der Durchfahrt durch die sowjetische Zone die „Abnutzung der Schienen“. Der Bund trägt ferner die Kosten in den Grenzdurchgangslagern, in den Notaufnahmelagern, den Wohn- und Durchgangslagern sowie die Krankenversorgung von Unterhaltshilfeempfängern zu

75 v. H. Schließlich wird den Aussiedlern die Fahrt ab Lager zur Familie erstattet. Eine Begrüßungsgabe der Bundesregierung wird in den Grenzdurchgangslagern ausgezahlt und zwar 100 DM für über 21jährige und 50 DM für jüngere.

## Elf Wohnungsbauprogramme

Eine außerordentlich große Leistung des Bundes für den Kreis der Aussiedler ist im Wohnungsbau zu verzeichnen. Hier gibt es ein Sonderprogramm, in das außer den Aussiedlern auch die Zuwanderer aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet gehören. Insgesamt sind 11 Programme im Wohnungsbau für den vor genannten Personenkreis aufgestellt worden. 865 Millionen DM sind auf die Bundesländer im laufenden Rechnungsjahr für Flüchtlinge und Aussiedler verteilt worden. Das entspricht dem Bau von 71 800 Wohnungen, in die unter Zugrundelegung von Vier-Personenhaushalten 287 700 Flüchtlinge und Aussiedler untergebracht werden können.

## Förderschulen

Wenn man schließlich bedenkt, daß nahezu die Hälfte aller im Bundesgebiet aufgenommenen Aussiedler, nämlich 43,4 v. H. unter 25 Jahre alt sind, wird deutlich, daß die Schulerziehung dieser jungen Menschen, die teilweise gar nicht oder nur unzulänglich Deutsch sprechen, große Sorgen bereitet. Man hat daher im Laufe der letzten beiden Jahre sogenannte Förderschulen eingerichtet, von denen es heute rund 200 mit 7000 festen Heimplätzen gibt. Gegenwärtig ist der Bund im Einvernehmen mit den Ländern und den Verbänden darum bemüht, die Zahl erheblich zu vergrößern und dabei gleichzeitig die Schulen zu spezialisieren, also Volks-, Mittel- und Oberschulen einzurichten.

# Christliche Zusammenarbeit

## „Christlich-soziale Betriebsaktion 1959“ ist der Anfang

Die christlich-sozialen Organisationen und Verbände haben sich am 6. Januar in der „Christlich-Sozialen Betriebsaktion 1959“ zu einer Aktionsgemeinschaft für die kommenden Betriebsratswahlen zusammengeschlossen und gleichzeitig das Vorbereitungskomitee für den „Christlich-Sozialen Arbeiterkongreß“ gebildet.

Durch die Aktionsgemeinschaft soll ein wirksames Gegengewicht gegen die kommunistische Arbeit in den Betrieben geschaffen werden und der Aktivität der SPD in der Betriebsgruppenarbeit die Zusammenarbeit der christlichen Kräfte ohne Bindung an eine Partei gegenübergestellt werden. Johannes Albers, der die Tagung am 6. Januar in Köln leitete, wies darauf hin, daß die SPD die einzige politische Partei in der Bundesrepublik sei, die durch ihre Betriebsgruppenarbeit die Parteipolitik in die Betriebe und die Betriebsratswahlen gebracht habe. Für die SPD sei, wie der letzte Parteitag in Stuttgart nachdrücklich betont habe, die Betriebsgruppenarbeit ein wesentlicher Bestandteil der Parteiarbeit.

Die Aktionsgemeinschaft will, wie ihre Sprecher betonten, eine stärkere Berück-

sichtigung christlich-sozialer Grundsätze auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet verwirklichen. Diesem Ziel dient auch der „Christlich-Soziale Arbeiterkongreß“.

Bei der Versammlung in Köln waren vertreten: die Sozialausschüsse der Christlichen Arbeitnehmerschaft (Sprecher: Hans Katzer, MdB), die Christliche Arbeiterjugend (Sprecher: Norbert Balle), die Deutsche Kolpingsfamilie (Sprecher: Norbert Henrich), die Evangelische Arbeiterbewegung (Sprecher: Dr. Arnold Poepke), die Evangelische Arbeiterjugend (Sprecher: Rudi Korsch), die Katholische Arbeiterbewegung (Sprecher: Bernhard Winkelheide, MdB) und das Katholische Werkvolk, die katholische Arbeitnehmerorganisation Süddeutschlands (Sprecher: Dr. Ludwig Franz).



# Von Ulbricht aufgeladen

## Ein Berliner Studentenkongreß gegen Atomrüstung

Zu recht unpassender Zeit nahm ein „Studentenkongreß gegen Atomrüstung“ in Berlin am 4. Januar 1959 ohne vorherige Debatte eine Entschließung an, die von der Arbeitsgruppe „Atomrüstung und Wiedervereinigung“ eingebracht worden war. Ihr Kernpunkt ist die Forderung von Verhandlungen „zwischen beiden Teilen Deutschlands“, um die Umriss eines Friedensvertrages zu entwickeln und die möglichen Formen einer interimistischen Konföderation zu prüfen.

Zuvor hatten zahlreiche Kongreßteilnehmer an der Ost-Berliner Humboldt-Universität mit kommunistischen Hochschulfunktionären diskutiert. Der Beschluß des Studentenkongresses wurde vom ostzonalen Nachrichtendienst als „hervorragend wichtig“ gekennzeichnet. Der Kongreß war von dem kommunistischen „Berliner Friedensrat“ in einem Schreiben begrüßt worden.

Die kommunistischen Methoden, mit denen die Drahtzieher dieser Überrumpelung und massiven Beeinflussung der Kongreßteilnehmer vorgingen, werden in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 6. Januar 1959 geschildert: Die Anhänger der Resolution erhielten mit Hilfe geschäftsordnungsmäßiger Kniffe mehrmals das Wort, die Gegner wurden durch Anträge zur Geschäftsordnung und abgesprochene Störversuche immer wieder unterbrochen. Es war keine Rede von demokratischer Auseinandersetzung. Die beantragte Debatte im Plenum wurde durch Abstimmung verhindert. Die Veranstalter konnten sich nicht einmal zu einem einmütigen Bekenntnis zum freien Berlin durchringen. Sie erklärten, daß sie bei der Abfassung der Kongreßklärung „vor Müdigkeit nicht dazu gekommen seien“. Übrigens gehörte zu den Vorberatern des Antrages u. a. auch der Publizist Erich Kuby und ein Kreis um die Hamburger Studentenzeitung „Konkret“.

### Ausgerechnet in Berlin

In der gesamten Öffentlichkeit des freien Deutschlands haben diese Vorgänge stärkstes Aufsehen und tiefe Enttäuschung hervorgerufen. Der Vorstand der christlich-demokratischen Hochschulgemeinschaft hatte am 22. Dezember 1958 u. a. erklärt: „Wir halten es in der gegenwärtigen Situation für höchst unpassend, ausgerechnet in Berlin, das heute mehr denn je von den Sicherheitsgarantien der NATO-Mächte abhängig ist, einen solchen Kongreß durchzuführen, der in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken muß, daß man an der Freien Universität den Parolen der FDJ aufgeschlossener ist als dem Sicherheitsanliegen der Berliner Bevölkerung.“

Auch bei der SPD haben die Vorgänge an der Freien Universität erhebliches Aufsehen erregt, zumal der Kongreß, wie die „Kölnische Rundschau“ vom 5. Januar 1959 mitzuteilen weiß, vom Zentralvorstand dieser Partei finanziert worden sei. Der Bundestagsabgeordnete der SPD Schmidt wandte sich scharf gegen die „überaus einseitige“ Resolution, obwohl er selbst ein Gegner der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr ist. Er habe den Eindruck, die Resolution sei „an anderem Orte psychologisch vorbereitet“ worden. Mit ihm verließen auch andere promi-

nente Mitglieder den Kongreß, darunter die dem Präsidium angehörende Schriftstellerin Eva Mühel und mehrere Studentengruppen aus der Bundesrepublik.

Der studentische Sprecher des Kongresses erklärte in der Schlußkundgebung wörtlich: „Wir weigern uns anzuerkennen, daß es diesem Volke bestimmt ist, Adolf Hitler zu überleben, um mit und durch Konrad Adenauer unterzugehen.“

Leider gibt es in der SPD unüberhörbare Stimmen, die mit Recht in Westberlin — und nicht nur dort — als bedenkliche Symptome einer inneren Aufweichung angesehen werden. Die Westberliner „BZ“ zitiert in ihrer Ausgabe vom 12. Dezember 1958 die Ausführungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Kalbitzer, der den Vorschlag macht, die Bundesregierung solle über eine Konföderation der beiden deutschen Teilstaaten verhandeln. Das Blatt bezeichnet diese Forderung als eine „politische Sprengladung“, die ungeheuren Schaden anrichten könne, und fügt hinzu: „Es darf bei uns, es darf in der westlichen Welt auch nicht der leiseste Verdacht aufkommen, daß wir ‚knieweich‘ werden. Das wäre Wasser auf Moskaus Mühlen. Das wäre der Anfang vom Ende. Nicht nur für Berlin — für ganz Deutschland, für Europa.“

Die „Frankfurter Neue Presse“ nimmt in ihrer Ausgabe vom 6. Januar 1958 zu dem Kongreß folgendermaßen Stellung: „An sich ist es erstaunlich, daß die sonst so raffinierten kommunistischen Taktiker ihren dogmatischen Fanatismus nicht so weit zu zügeln suchten, daß die ‚reinen Toren‘, deren Parzivalhaftigkeit sich so ausgezeichnet für die kommunistische Propaganda benutzen läßt, nicht aufgescheucht wurden. Man hat in Dahlem so plump gespielt, daß es sogar den Parzivalen zuviel wurde. Vielleicht aber hat Helmut Schmidt, der gewiß nicht zu den Toren zu rechnen ist, sie erst mit der Nase auf gewisse harte Tatsachen stoßen müssen, ehe sie sie zu bemerken geruhten. Wie dem auch sei, wir zweifeln nicht daran, daß manche von ihnen soleicher bereit sein werden, auf die nächste Leimrute zu kriechen, die man für sie bereithält.“

### Rund tausend Ärzte geflohen

Nach den Unterlagen der Westdeutschen Rektorenkonferenz sind bisher 56 Professoren, 40 Dozenten, 200 andere Wissenschaftler und rund 1000 Ärzte und Zahnärzte aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik geflohen. Allein 42 Professoren und Assistenten kamen von der Universität Halle/a. Sa.

# Auf ein Wort

Liebe Freunde!

An die Wechselbehandlung — einmal heiß, einmal kalt — sind wir nachgerade aus Moskau gewöhnt. Hatte zu Weihnachten der sowjetische Außenminister Gromyko sich in düsteren Kriegswarnungen ergangen, stimmte wenige Tage später Chruschtschow sanftere Töne an, die keinen Mißklang in den internationalen Neujahrschor der Staatsmänner brachten. Es ist also angebracht, weder das eine noch das andere als letzte Erkenntnis zu nehmen.

Das Beispiel allerdings, mit dem Gromyko die Wirkung auf westliche Leser auszuüben hoffte, verlohnt kurz betrachtet zu werden. Er sprach davon, daß Berlin ein zweites Serajewo werden könnte. Serajewo? Nun, Serajewo war eine brutale Mordtat, über deren Rechtswidrigkeit kein Zweifel besteht. Nebenbei gesagt ist kaum anzunehmen, daß Gromyko in der von der ganzen freien Welt verurteilten Rechtswidrigkeit der sowjetischen Bedrohung Berlins die Parallele zu Serajewo zu ziehen sucht. Über die auf die Mordtat folgenden Noten und Ultimaten schlitterten 1914 die Mächte Europas dann in den Krieg. Es fehlte bei allen die Klarheit, wie weit sie entschlossen waren, Konsequenzen zu ziehen. Daher ist Gromykos Erwähnung von Serajewo zwar geeignet, bei der älteren Generation den Schauer erlebten Verhängnisses zu wecken. Sie ist trotzdem keine echte historische Parallele.

Diese ist vielmehr im Jahre 1939 gegeben. Dort gab es wie heute auf der einen Seite einen Diktator, der „Tatsachen“ schaffen konnte, wenn er wollte, genauer gesagt, wenn er das Risiko nicht für zu groß hielt. Daß Hitler das Risiko unterschätzte, ist leider zu einem nicht bedeutungslosen Teil auf die „Verständigungspolitik“, vor allem in Großbritannien, zurückzuführen. Sie trugen mit dazu bei, daß er die Entschlossenheit des Westens, zu seinen Verpflichtungen zu stehen, verkannte.

Angesichts der nörgelnden Art, mit der manche Kreise der deutschen Opposition in diesen Wochen an jeder Stellungnahme des Westens nach wie vor herumäkeln und mit einer Inflation von „Ideen“ die Ausgangsposition des Westens erschweren, sollte man an die Lehre des Jahres 1939 zurückdenken. Es tut den kommenden Verhandlungen nur gut, wenn sie in der Öffentlichkeit nüchtern betrachtet und nicht von den verführerischen Phrasen eines wirklichkeitsfremden Neutralismus vernebelt werden.

Ihr Konrad Kraske



# Stabile europäische Wirtschaft

## Was bedeutet die Einführung der teilweisen Konvertibilität?

Die Konvertibilität, die am 1. Januar 1959 eingetreten ist, zeigt für die Bewohner Europas den Beginn einer neuen Zeit an. Die Währungen sind frei austauschbar geworden — eine Forderung, die Bundesminister Erhard seit langem stellte und die für die Bundesrepublik bereits verwirklicht ist.

Angelpunkt dieses neuen Fortschritts zur Erleichterung des Handels sind die Maßnahmen, die Frankreich getroffen hat. Die französische Regierung beseitigt die Verzerrung des Wechselkurses, der dazu führte, daß bisher der amtlich festgesetzte Kurs des Francs höher war, als es den tatsächlichen Verhältnissen entsprach.

Die französische Regierung hat die „Abwertung“ des Franken um rund 17,5 v. H. verkündet. Seit der Abwertung erhalten wir z. B. für eine D-Mark nicht mehr 100, sondern 117,5 Franken. Tatsächlich können wir für 117,5 Franken in Frankreich etwa so viel kaufen wie für eine D-Mark in der Bundesrepublik. Der Wert des Franken gegenüber den ausländischen Währungen ist also jetzt der Wirklichkeit in etwa angepaßt worden.

### Defizit im Außenhandel

Frankreich befand sich bisher in einer sehr unglücklichen Lage: Es exportierte weniger Waren als es importierte. Frankreich nahm also in seinem Handel mit dem Ausland weniger Geld ein, als es für den Einkauf von ausländischen Waren ausgab. Die Franzosen taten etwas, was sich keine Familie leisten kann: Sie gaben mehr Geld aus als sie verdienten. Infolgedessen bestand in Frankreich ein dauerndes Defizit im Außenhandel. Dieses Defizit führte zur Inflation, weil das fehlende Geld nur durch eine intensivere Betätigung der Notenbankpresse herbeigeschafft werden konnte.

Für die Gesundung des französischen Wirtschaftslebens hat die Abwertung, die verbunden ist mit Sparmaßnahmen der Regierung, einen entscheidenden Vorteil: In dem Maße, wie sich die Importe verteuern, verbilligen sich die Exporte. Frankreichs Ausfuhren werden also steigen, es besteht die Aussicht, das Außenhandelsdefizit schrittweise zu beseitigen. Unter diesen Umständen hat

sich Frankreich nun bereit erklärt, mit der Einführung der Konvertibilität einen entscheidenden Schritt zum Aufbau einer freien Wirtschaft in ganz Europa zu tun.

„Konvertibilität“ ist die freie Umtauschbarkeit des Geldes in fremde Währung. In der Bundesrepublik besteht die totale Konvertibilität praktisch schon seit langem; darin zeigt sich der Erfolg der deutschen Wirtschaftspolitik. Jeder Bundesbürger kann zu jeder beliebigen Bank gehen und sich beliebig viel D-Mark in fremder Währung auszahlen lassen. Wie Frankreich hatten auch viele andere Länder dagegen scharfe Beschränkungen des Währungsumtausches, die erst nach Einführung der Konvertibilität nach und nach gelockert und aufgehoben werden können.

Mit der Einführung der teilweisen Konvertibilität ist die „Europäische Zahlungsunion (EZU)“ aufgelöst und durch das „Europäische Währungsabkommen (EWA)“ ersetzt worden. Die EZU sah bisher vor, daß jeder Mitgliedsstaat — alle Länder der OEEC — jederzeit aus der gemeinsamen Kasse einen Kredit bekommen konnte, wenn er die Lieferungen aus einem anderen Mitgliedsstaat nicht zu bezahlen in der Lage war. Das hört jetzt auf. Mithin wird es sich jeder Mitgliedsstaat vielmal überlegen, ehe er im Ausland einen Einkauf tätigt, den er nicht bezahlen kann.

Die teilweise Konvertibilität hat sich deshalb ermöglichen lassen, weil sich in

den europäischen Ländern ganz beträchtliche Devisen- und Goldguthaben angesammelt haben: Großbritanniens Reserve beträgt 3,2 Milliarden Dollar, die niederländische 1,3 Milliarden, die italienische 1,5 Milliarden, in der Deutschen Bundesbank lagern jetzt 4,5 Milliarden an Gold und Devisenreserven, die sofort verfügbar sind. Diese Währungsreserven bilden die Grundlage der Konvertibilität: Da jede Lieferung aus dem Ausland jetzt sofort in bar und in Devisen bezahlt werden muß, und da jede Bank möglicherweise Ansprüche in fremder Währung befriedigen muß, benötigt jeder Staat eine gute Währungsreserve. Er muß aber auch eine Politik betreiben, die sicherstellt, daß die Währungsreserve nicht plötzlich aufgezehrt wird. Damit ist sichergestellt, daß keiner der Staaten mehr Waren aus dem Ausland einführt, als er mit guten Devisen bezahlen kann.

### Hilfestellung der Bundesrepublik

Die Konvertibilität stellt also sicher, daß die europäischen Staaten im Weltmarkt — und gerade auch gegenüber der drohenden kommunistischen Konkurrenz — voll wettbewerbsfähig bleiben werden. Eine wirtschaftliche Stabilität, wie sie in der Bundesrepublik seit 1949 angestrebt und schließlich erreicht worden ist, soll nun für ganz Europa gelten.

Die Bundesrepublik wird bereit sein, Kredite, die sie im Rahmen der nun aufgelösten EZU europäischen Partnerländern gewährt hatte, noch auf Jahre hinaus zu stunden. Die Deutsche Bundesbank wird Frankreich einen Kredit in Höhe von 250 Millionen Dollar gewähren. Die Bundesrepublik leistet also für die Einführung der Konvertibilität und die Sicherung einer stabilen europäischen Wirtschaft eine entsprechende Hilfestellung. Das ist nur möglich gewesen durch die maßvolle, kluge, sparsame und entschlossene Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in den letzten 10 Jahren.

## ... fordert den Feind heraus

### Schweizer Urteil über die Anti-Atomkampagne

Das lange und betretene Schweigen, das sich in den letzten Monaten über die Anti-Atomkampagne gesenkt hat, schließt auch den Aufruf ein, den die Münchner Zeitschrift „Die Kultur“ im Sommer 1958 gegen Mehrzweckwaffen für die Bundeswehr veröffentlicht hatte.

Diesem Aufruf, der die Unterschrift einer Anzahl von Intellektuellen trug, widmete der Schriftsteller Alexander Lernet-Holenia in der Schweizer Zeitschrift „Die Weltwoche“ (28. November 1958) einen Nachruf, in dem er sich scharf dagegen wendet, daß aus Unkenntnis und Illusionen ein politisches Urteil hergeleitet wird, das den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht wird. Alexander Lernet-Holenia schreibt u. a.:

„Auch das Menschliche, wenn anders es bestehen will, muß sich zu wehren wissen. Wer sich aber ganz einfach nicht wehren will, setzt bloß voraus, daß ihn der Gegner nicht angreifen wolle — was völlig falsch ist, denn der Gegner will immer angreifen —, und wer von den Waffen nichts

versteht, fordert damit bloß den Feind heraus, sie zu gebrauchen. Denn niemand greift ja aus einem Übermaß von eigenem Mut, sondern es greift jeder nur aus einem Übermaß gegnerischer Schwäche an. Schwäche aber entsteht nicht aus der Kenntnis dessen, was der Krieg bringen könnte, sondern aus der Unkenntnis des noch viel Ärgeren, das er dann de facto bringt. Nur wer den Krieg kennt, darf den Krieg ablehnen. Ein Wehrloser jedoch, der ihn ablehnt, führt ihn erst recht herauf.

Der Widerstand gegen die taktische Atomausrüstung Deutschlands hat also ohne Zweifel eine der größten Kriegsgefahren bedeutet, die es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges überhaupt geben konnte; und die ganze bezügliche Aktion mußte die unbefangenen Nachbarn, etwa einen Schweizer oder Österreicher, nicht anders anmuten, als hätten zum Beispiel die Sänger der alten Germanen dem Heere vorschlagen wollen, die Hunnen nicht mit Schwertern, sondern mit Holzknütteln abzuwehren.“

## Aus Ulbrichts Reich

AUSSATZIGE. Die Sowjetzonen-Zeitung „Union“ beklagt sich, daß „Übersiedler aus der Bundesrepublik“ wie Aussätzige behandelt würden. Zu den schlechtesten Arbeiten zöge man sie heran und Quarantäne müßten sie durchmachen, „die einen für sie nicht einfachen, aber richtigen politischen Entschluß gefaßt haben und voller Hoffnungen sind.“

ENGPASS. In Cottbus gibt es keine Kindermäntel, obwohl, wie die „Lausitzer Rundschau“ (SED) feststellt, die VEB-Bekleidungswerke Cottbus zeitweise Mühe hatten, die zusätzliche Produktion loszuwerden. Planwirtschaft!



# „Mikroskopischer Befund“

## Bundesinnenminister Schröder: Korrekte Beamten

Der Bundesinnenminister hat die untadelige Haltung der Beamtenschaft unterstrichen. Er stellte fest, daß sie gegen eine Verallgemeinerung von einzelnen Vergehen in Schutz genommen werden muß.

In einem Artikel im „Deutschland-Union-Dienst“ schreibt Dr. Schröder:

„Das Jahr 1959 wird aller Voraussicht nach die innere Festigkeit der Bundesrepublik auf eine harte Belastungsprobe stellen. Dadurch wird allen Angehörigen des öffentlichen Dienstes eine ganz besondere Verpflichtung auferlegt. Dies gilt ohne Ansehen der Rangstufe und ohne Rücksicht darauf, ob jemand einen kleinen oder größeren Wirkungskreis hat. Mehr als andere Tätigkeiten unterliegt der öffentliche Dienst der kritischen Beobachtung des Publikums. Im öffentlichen Dienst zu stehen, muß als Ehre und zugleich als eine Aufgabe betrachtet werden, die ihren Träger verpflichtet, ein Vorbild staatsbürgerlicher Gesinnung und der Hingabe an die dienstlichen Pflichten zu sein. Es soll hier nicht etwa einer Rangordnung der Berufe das Wort geredet sein. Ich glaube aber, es ist nicht nur erlaubt, sondern notwendig, auf die gerade dem öffentlichen Dienst obliegenden Pflichten nachdrücklich hinzuweisen.

Einige bedauerliche Vorkommnisse der letzten Zeit, die ihren Niederschlag in Straf- und Disziplinarverfahren gefunden haben, waren für das Ansehen des öffentlichen Dienstes deswegen beeinträchtigend, weil sie die Gefahr der Verallgemeinerung mit sich brachten. Deshalb möchte ich noch einmal feststellen, daß die große Masse der Beamtenschaft untadelig ist und daß sie gegen eine Verallgemeinerung von einzelnen Vergehen mit gutem Recht in Schutz genommen werden muß.

An der Gesamtzahl der Beamten gemessen haben die abgeurteilten und schwebenden Fälle keinen erheblichen Umfang. Ich glaube auch nicht, daß dem mikroskopischen Befund eine besondere Ansteckungsgefahr für den ganzen Beamtenkörper innewohnt. Meine Sorge geht vielmehr dahin, daß das Vertrauen der Allgemeinheit zu der Korrektheit der Beamtenschaft beeinträchtigt werden könnte. Dem gilt es vorzubeugen. In puncto Pflichttreue gibt es nicht etwa einen Unterschied zwischen altmodischen und modernen Auffassungen, sondern nur einen einzigen unveränderlichen Maßstab. Die Diskussionen der letzten Zeit werden hoffentlich das Gute haben, die besonderen Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes und die für ihn geltenden strengeren Maßstäbe erneut in das allgemeine Bewußtsein zu rufen.

An den Berührungspunkten zwischen Staat und Wirtschaft ist gelegentlich eine größere Versuchung zum Abweichen von der Linie absoluter Pflichttreue und völliger Unbestechlichkeit vorhanden. Ich begrüße es daher dankbar, daß auch die verantwortlichen Männer der Wirtschaft alles tun, um eine Verleitung zur Unkorrektheit durch einzelne Unternehmer zu bekämpfen. Entscheidend kommt es aber auf die Leiter der Behörden, die Mitglieder der Personalvertretungen, die Standesorganisationen und jeden Bediensteten selbst an. Das Berufsethos im öffentlichen Dienst ist ein Grundelement der inneren Festigkeit unseres Staates.“

## Bereitschaft zu Verhandlungen

Die deutsche Antwortnote an Moskau im Spiegel der Presse

Die deutsche Antwortnote an Moskau, die am vergangenen Montag überreicht worden ist, wird in dem größten Teil der deutschen Presse im wesentlichen zustimmend kommentiert. Die Zeitungen heben hervor, daß auf deutscher Seite eine weitgehende Bereitschaft zu Verhandlungen besteht.

„Als der Bundeskanzler sich für die Glückwünsche der Bundesminister bedankte, ging er mit ein paar bedeutsamen Worten auf die Krise um Berlin ein. Zu allen Zeiten, so meinte er, seien großen Lösungen scharfe Zuspitzungen vorausgegangen. Er wolle nicht sagen, ein Zusammenstoß, aber eben doch eine Zuspitzung. Wenn wir alle zusammenstünden, würden wir auch diese Schwierigkeiten überwinden. Er jedenfalls sei optimistisch.

Alle Erfahrungen der Geschichte bestätigen die Richtigkeit seiner Ansicht von der motorischen Kraft kritischer Zuspitzungen im Zusammenleben der Völker. Die Lösung von Krisen ist zu allen Zeiten das eigentliche Hauptgeschäft der Staatsmänner, in dem sich ihre staatsmännische Kunst bewährt. In diesem positiven Sinne hat die Krise um Berlin dafür gesorgt, daß die Bedeutung unserer Stadt für alle Welt wieder stärker in den Blickpunkt der Völker und Regierungen gerückt ist. Das hatte Chruschtschow mit seinem Schreckschuß schnell erreicht.“

„Tagesspiegel“ (Berlin), 6. Januar

„Das Schreiben zeichnet sich durch eine kühle Zurückhaltung aus und enthält sich jeder Schärfe, welche die Situation unnötig versteifen müßte. Dafür ist es in seiner Sprache klar und eindeutig.

Es liegt nun an den Russen, die dargebotene Hand des einmütigen Westens zur Verständigung zu ergreifen.“

„Frankfurter Allgemeine“, 6. Januar

„Sie (die sachliche Lösung, d. Red.) rückt erst näher, wenn Moskau, wie man in den Westkanzleien hofft, angesichts der bemerkenswert entschlossenen Übereinstimmung der freien Welt verhandlungsbereit wird. Hierfür enthält die deutsche Note, nach Zurückweisung eines Teils der An- und Vorwürfe, einige Akzente, die für Moskau interessant sein könnten. Beispielsweise die Wiederholung der bisher unbeantworteten Vorschläge vom November und die Wendung, daß ein künftiger Friedensvertrag eine „gerechte und vernünftige“ Regelung der Ostgrenzenfrage treffen möge. In Regierungskreisen verlautete gestern, selbstverständlich sei man sich darüber klar, daß Verhandlungen über das gesamte Deutschland-Problem (wobei weder der Rapackiplan noch andere Abrüstungsvorschläge auszuschließen wären) zu „Kompromissen auf allen Seiten“ führen müßten. Viel Geduld werde nötig sein.“

„Kölnische Rundschau“, 6. Januar

„Was ist der Kern der Note? Ihr Wortlaut enthält nichts, was uns heute noch überraschen könnte, nachdem die gemeinsame Marschroute des Westens im Dezember auf der NATO-Tagung in Paris festgelegt worden ist. Das harte Nein zu Chruschtschows Berlin-Vorschlägen steht aber nicht allein. Es wird begleitet von einer Erklärung, bereit zu sein zu einer offenen vorbehaltlosen Aussprache unter Verzicht auf jegliche negative Begrenzung der Verhandlungsthemen. In der Note wird nicht gesagt, daß die gleiche Haltung auch von Moskau erwartet wird. Aber dies ist die Voraussetzung, von der die Bundesregierung und mit ihr alle Regierungen des Westens ausgehen. Es gibt, was Inhalt oder Formulierung der Note anbetrifft, keine Meinungsverschiedenheiten. Alle Staaten der westlichen Allianz sind sich darin einig, daß Verhandlungen nur über den Gesamtkomplex Sicherheit, Abrüstung und Wiedervereinigung geführt werden sollen, und zwar ohne Vorbelastung durch ultimative Forderungen oder durch einseitige Aufkündigung bindender Abmachungen über Berlin.“

„Die Welt“, 6. Januar

## KURZ - ABER WICHTIG

Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet für 1958 mit einem Ausfuhrüberschuß von 6 Milliarden DM gegen 3,27 Milliarden DM im Jahre 1957.

Mit einem Fleischverbrauch von über 2,8 Mill. t gleich 52,8 kg je Kopf der Bevölkerung ist im Gebiet der Bundesrepublik der Vorkriegsverbrauch erreicht. Der Verbrauch von Rindfleisch überschreitet mit 16 kg den Vorkriegsverbrauch um etwa 2 kg, der Schweinefleischverbrauch liegt noch um 1,5 kg unter dem Vorkriegsatz. Der Geflügelverzehr ist mit über 2,5 kg pro Kopf doppelt so hoch wie vor dem Kriege.

Die deutsche Erdölgewinnung stieg 1958 von 3,96 auf 4,35 Millionen t. Die sicheren Vorräte werden auf 69 Millionen t geschätzt.



# Oleg Popow und Herr Müller

## Was der sowjetische Staatszirkus nicht zeigt

**Der weltberühmte Staatszirkus aus Moskau unternimmt in diesen Wochen eine Gastspielreise durch zahlreiche Städte der Bundesrepublik. Das hervorragende Programm bringt ausgezeichnete Leistungen von Artisten, die im 200-Millionen-Reich der Sowjets eine bevorzugte Stellung genießen.**

Bei aller Anerkennung, die man den artistischen Darbietungen zollen muß, darf nicht übersehen werden, daß der Staatszirkus in seiner Heimat ein Mittel intensiver politischer Propaganda ist. Darüber allerdings sprechen weder die sowjetischen Kulturfunktionäre noch der berühmte Clown Oleg Popow, der Star des Sowjetzirkusses.

Die „Kölnische Rundschau“ (28. Dezember 1958) veröffentlichte einen Bericht ihres Vertreters in Moskau, der erschreckend klar erkennen läßt, welchen Zwecken auch der gefeierte Staatszirkus in seiner Heimat zu dienen hat:

„Die Lichter erlöschen. Unter Fanfarenstößen wird auf die in dieser Dunkelheit inzwischen aufgestellten Leinwand ein Film projiziert: W. I. Lenin spricht zu Volksmassen. Allem Anschein nach ruft er — es handelt sich ja um einen Stummfilm — die proletarischen Massen zur Revolution auf.

Es wird wieder dunkel. Ein Scheinwerfer flammt auf und richtet seinen Lichtkegel nach unten auf die linke Seite der Manege. Zwei zerlumpte bewaffnete Arbeiter stehen unbeweglich in Kampfstellung. „1918“ verkündet eine feierliche Stimme aus dem Dunkeln.

Nacheinander leuchtet ein zweiter, ein dritter und dann ein vierter Scheinwerfer auf. Alle bestrahlen an verschiedenen Stellen der Arena unbewegliche Gestalten, die Arbeiter, den vaterländischen Krieg und den Wiederaufbau darstellen und gleichsam die Meilensteine der Geschichte der kommunistischen Machter-

greifung und deren allmähliche Verwirklichung versinnbildlichen.

Plötzlich richten mehrere Scheinwerfer ihre Lichtquelle auf die über dem Haupteingang angebrachte Orchesterloge: In Reih und Glied ausgerichtet stehen in heroischer Haltung mit weißen Oberhemden und roten Halstüchern, die Komso molzen — die Zukunft der Nation.

Nachdem in dieser Form dem sozialistischen Realismus Genüge getan wurde, läuft bis zur Pause das Programm in der üblichen Art ab.

Nach der Pause erlischt die gesamte Zirkusbeleuchtung. Dann schweben in spärlichem Licht zwei fragwürdige Gestalten von der Zirkuskuppel herab. Sie tragen Maschinenpistolen bei sich. Der mit der Schlägermütze auf dem Kopf ist Herr Müller aus Frankfurt am Main, der andere mit der Zigarre Dr. Smith aus USA — beides Diversanten, die dunkle Pläne gegen die Bevölkerung der Sowjet-Union vorhaben. Beiden vergeht der Mut, als sie einen Drei-Käse-Hoch, einen Jungen Pionier in seiner Uniform erblicken, der sie mit erhobener Pistole bedroht.

Auch diese Szene, die nach unseren Begriffen doch nichts mit dem Programm eines Zirkusses zu tun hat, gehört zum festlichen Bestandteil der Darbietungen. Auch bei ihrer Zerstreuung soll die Bevölkerung zwei Dinge nicht vergessen: Daß es eine Revolution gibt, deren Errungenschaften vom „bösen Kapitalismus“ stets bedroht werden.“

## Zur Stütze des Gedächtnisses

### Vorgeschichte und Ausgang einer Strafanzeige

Während der Festtage von der Öffentlichkeit wenig beachtet wurde die Meldung, daß die Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Immunität gegen die früheren Minister des Kabinetts Steinhoff, Biernat und Weyer beantragt und daß der Immunitätsausschuß des Landtages beschlossen habe, dem Plenum die Zurückweisung dieses Antrages zu empfehlen. Man nimmt in Düsseldorf an, daß das Landtagsplenum entsprechend beschließen werde.

Es ist erforderlich, der Öffentlichkeit die Vorgänge ins Gedächtnis zurückzurufen, die während des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen zu der Strafanzeige des Landespräsidiums der CDU gegen die beiden Minister geführt haben. Biernat hatte laut dpa-Meldung vom 24. Juni 1958 in einer öffentlichen Versammlung in Oberhausen ausgeführt

„In den nächsten Tagen werden in Nordrhein-Westfalen einige Büros aufgehoben werden, die sehr interessante Querverbindungen zwischen der Großindustrie und der CDU aufdecken würden. Die CDU habe für den Landtagswahlkampf von der Industrie 31,7 Millio-

nen DM an Spenden bekommen. Eine kleine Revanche für das Kartellgesetz, das den Preiswucher geradezu herausfordere.“

In diesen Äußerungen erblickte die CDU den Tatbestand der Verleumdung und der Beleidigung. Die Anzeige richtete sich auch gegen Minister Weyer, weil dieser „die für ihn erkennbar unwahre Behauptung“ von dem sagenhaften Wahlfonds der CDU in Höhe von 31,7 Millionen DM öffentlich weitergegeben habe.

In dem sozialdemokratischen Parteiorgan „Vorwärts“ wurde am 15. August 1958 der Versuch gemacht, die Äußerun-

gen Biernats durch völlig andere Behauptungen zu ersetzen, die die beleidigenden Äußerungen gegen die CDU nicht mehr enthielten. Angeblich habe Biernat die bevorstehende Aufklärung umfangreicher Korruptionsfälle im Raume Bonn angekündigt, in die namhafte Beamte und gewisse parlamentarische Kreise verwickelt seien, und daraufhin sei die Anzeige erfolgt. Diese Verschiebung des Tatbestandes kann man nur als eine Fortsetzung der von der SPD geübten Wahlkampfmethoden in Nordrhein-Westfalen bezeichnen.

Daneben gab es aber auch noch eine andere Lesart: Die CDU habe den Strafantrag nur angekündigt, aber nicht eingereicht. Diese dreiste Behauptung ist nun jetzt durch den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität der beiden Landtagsabgeordneten Biernat und Weyer endgültig erledigt. Bleibt nur das Bedauern, daß die Angelegenheit selbst nicht mehr gerichtlich ausgetragen werden kann.

### Zürich an Berlin

Der Gemeinderatspräsident von Zürich hat im Namen seiner Stadt eine Botschaft an das freie Berlin gerichtet. Sie lautet:

„Das freie Berlin ist im Rahmen eines großen Ringens vom finsternen Machthaber im Kreml als nächstes Opfer bezeichnet worden. Ein unruhevoller Diktator ist gesonnen, klares Recht zu brechen und das Schicksal von zwei Millionen Menschen aufs Spiel zu setzen — und mit ihm die Hoffnung von ungezählten weiteren Millionen, die aus der Existenz des freien Berlins Trost und Hilfe in der Nacht ihrer Unterdrückung schöpfen.“

So steht die Stadt mitten in der Einöde des totalitären Imperiums, stellvertretend für alle Städte, die des Namens freies Gemeinwesen würdig sein wollen, und so ist es die moralische Pflicht dieser anderen Städte, die Solidarität mit dem bedrohten Glied bewußt zu machen. Ich erlaube mir, im Namen der Bevölkerung von Zürich der tapferen Bevölkerung von Berlin, dem Senat von Berlin und dem unerschrockenen Regierenden Bürgermeister die innere Anteilnahme, die Sympathie und die mitleidende Sorge in diesen Wochen und Monaten der Ungewißheit auszudrücken. Wir alle hoffen, daß sich das einprägsame Beispiel der Entschlossenheit Berlins und seiner Verbündeten, das vor zehn Jahren gegeben wurde, wiederhole und allen Zeitgenossen eine neue Lehre darüber gebe, wie die Freiheit in den Herzen der einzelnen wurzelt und zu beharrlichem Nein gegenüber Drohungen und Verlockungen fähig macht.“

### Todesstrafe bleibt

Das neue sowjetische Strafgesetzbuch, das soeben zur Jahreswende vom Obersten Sowjet verabschiedet wurde, sieht eine Weigerung, aus dem Ausland nach Sowjetrußland zurückzukehren oder eine Flucht ins Ausland als Delikt des Hochverrates an, das mit Todesstrafe geahndet werden kann. Die Verschärfung in der Verfolgung abweichender politischer Haltung zeigt sich auch in der Einführung der Todesstrafe für den dehnbaren Begriff der „Kriegshetze“, ein Delikt, das auch in der „Provozierung internationaler Spannungen durch Ausländer“ gesehen wird.



# VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

## Flucht in die Kleinstbetriebe

Der Vorsitzende des Verbandes der landwirtschaftlichen Organisationen in der Wojewodschaft Allenstein erklärte, daß sich im südlichen Ostpreußen allein in der Hand des staatlichen Bodenfonds gegenwärtig nicht weniger als 85 000 Hektar „Brachland, Unland und teilweise verlassenes Land“ befinden. Hinzu komme der Grund und Boden von etwa 220 leerstehenden Gehöften, die nicht vor Verfall und Diebstahl zu schützen seien. Im übrigen sei eine „Flucht in die Kleinstbetriebe“ zu verzeichnen.

## Arbeitslosengeld

Eine neue Verordnung des Bundesarbeitsministers setzt für Umsiedler und Vertriebene aus Memelland, Danzig, Polen und Sudetenland einen Anspruch auf Zahlung des Arbeitslosengeldes fest, wenn diese eine versicherungspflichtige Beschäftigung in den genannten Gebieten ausgeübt haben.

## Bisher 42 Milliarden DM

In den vergangenen neun Rechnungsjahren seit 1949 sind aus den öffentlichen Kassen für die Vertriebenen und Flüchtlinge der Bundesrepublik insgesamt rund 42 Milliarden DM ausgegeben worden.

# Nach dem Friedlandschlüssel

## Dr. Nahm über die Verteilung auf die Länder

Es gebe bei der Verteilung der Sowjetzonenflüchtlinge und der Spätausiedler auf die Bundesländer keine konfessionelle Arithmetik, versicherte Staatssekretär Dr. Nahm vom Bundesvertriebenen-Ministerium in einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst.

Die Aufteilung erfolge nach dem sogenannten Friedland-Schlüssel, nach dem z. B. Nordrhein-Westfalen 32,7 Prozent der SBZ-Flüchtlinge aufnehmen müsse, Niedersachsen 7,6, Schleswig-Holstein 1,9 und das Saarland drei Prozent.

Dr. Nahm vertrat die Ansicht, die konfessionelle Mischung der Bevölkerung nach 1945 habe das Verständnis der Konfessionen füreinander ungeheuer befruchtet. An die Seelsorger beider Konfessionen richte das Bundesvertriebenenministerium die Bitte, bei der Ausgestaltung des Gottesdienstes auf althergebrachte Gebräuche der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler Rücksicht zu nehmen. Es sei für diese Menschen ein Erlebnis, wenn beim sonntäglichen Gottesdienst oder an kirchlichen Feiertagen ein Kirchenlied aus ihrer alten Heimat gesungen werde. Der Staatssekretär wies

in diesem Zusammenhang darauf hin, daß gerade der Kirchbesuch von Spätausiedlern zurückgegangen sei, weil in der neuen Heimat der Gottesdienst zu wenig an den in der alten Heimat erinnere.

Das Bundesvertriebenenministerium hält jedenfalls, wie Dr. Nahm abschließend betonte, an dem Grundsatz fest, daß die Aussiedler und Flüchtlinge zunächst nach familiären Gründen untergebracht werden sollen. Ferner werde berücksichtigt, ob sie bereits Aussicht auf einen Arbeitsplatz in einem bestimmten Bundesland haben. Bei dem Personenkreis, der im Bundesgebiet über keine familiären oder beruflichen Beziehungen verfügt, erfolge zunächst die Einweisung in ein Durchgangslager. Dabei werde neben dem Verteilungsschlüssel auf die beruflichen und wohnlichen Unterbringungsmöglichkeiten Rücksicht genommen.

# Für heimatlose Ausländer

## Bundesrepublik wandte bisher 3 Milliarden DM auf

Etwa 3 Milliarden DM hat die Bundesrepublik für die Betreuung ausländischer Flüchtlinge ausgegeben. Ministerialdirigent Middelmann aus dem Vertriebenenministerium schreibt dazu u. a.:

Die UNRRA (UN-Resettlement and Rehabilitation Organization) und die IRO (International Refugee Organization) übernahmen vom Zusammenbruch bis 1951 nur die Betreuung der früheren Zwangsarbeiter und der ehemaligen Kriegsgefangenen (Displaced Persons), von denen rd. sieben Millionen teils freiwillig, teils unter Zwang repatriiert wurden.

Insgesamt verblieben nach Abschluß der Tätigkeit der IRO in der Bundesrepublik mehrere hunderttausend ausländische Flüchtlinge, von denen seither noch die gesündesten und arbeitsfähigsten auswandern konnten. Auf den heute in der Bundesrepublik verbliebenen Rest von rd. 230 000 Menschen kann die Bezeichnung Displaced nicht mehr angewandt werden. Sie leben nicht als Verschleppte in der Bundesrepublik, sondern als politische Flüchtlinge, die weder in ihre Heimat zurückkehren wollen noch auswandern konnten.

Die Bundesregierung hat im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber diesen Menschen ihre Aufgabe darin gesehen, sie möglichst in das Wirtschaftsleben und die deutsche Gesellschaftsordnung einzugliedern. Um allen Gruppen ausländischer Flüchtlinge, die im Jahre 1950 in der Bundesrepublik lebten, gleiches Recht zuzuerkennen, erließ die Bundesregierung das „Gesetz über die Rechtsstellung der heimatlosen Ausländer“ vom 25. April 1951. Dieses gewährt

ihnen, wie auch international anerkannt wird, eine vorteilhafte Rechtsstellung. Praktisch wurden die heimatlosen Ausländer den deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt. Die nach dem 30. Juni 1950 in das Bundesgebiet gekommenen ausländischen Flüchtlinge genießen Asylrecht. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die seit dem 1. September 1953 innerstaatliches Recht geworden ist, gewährt ihnen im Zusammenhang mit der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland den notwendigen Rechtsschutz.

Gleichzeitig lösen die deutsche Bundesregierung und die deutschen Länderregierungen mit einer Hilfe des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, die 25 v. H. beträgt, während 75 v. H. aus deutschen Mitteln stammen, 63 Lager ausländischer Flüchtlinge in der Bundesrepublik mit etwa 16 000 Insassen auf, die in deutschen Wohnvierteln in Wohnungen untergebracht werden.

Vom Zusammenbruch bis Ende 1951 wurden aus dem Besatzungskostenhaushalt rund 2,5 Mrd. Mark für Unterhalt, Betreuung und Auswanderung der ausländischen Flüchtlinge aufgebracht. Seither trug die Bundesrepublik weitere 485 Mill. DM aus Mitteln des Bundes, der Länder und der deutschen Wohlfahrtsverbände zur Betreuung dieses Personenkreises bei. Damit wurde erreicht, daß sie bis auf die jetzt noch in Lagern lebenden rund 18 000 ausländischen Flüchtlinge in geordnete, wenn auch häufig einfache Verhältnisse übergeführt werden konnten. Mehr als 2000 Einzelkredite wurden von der Lastenausgleichsbank, Bad Godesberg, im Gesamtbetrag von rund 11 Mill. DM zur Gründung selbständiger Existenzen gewährt und 1500 Wohnungen mit einem Aufwand von 5,3 Mill. DM von ihr finanziert.

## Die evangelischen Ostkirchen

Die stärksten Erschütterungen seit der Gegenreformation haben die Vertreibungen der Nachkriegsjahre dem Weltprotestantismus zugefügt. Das wurde auf einer Tagung des Konvents der 19 zerstreuten evangelischen Ost-Kirchen in Königsfeld (Schwarzwald) festgestellt. Nach Abschluß der Umsiedlung aus den Oder-Neiße-Gebieten dürfte es im gesamten polnischen Regierungsbereich nur noch 100 000 Protestanten in Polen geben.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Bonn, Nassestr. 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands, Bonn, Argelanderstr. 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn, Postcheckkonto Köln 365 31, Commerzbank-Bankverein, Bonn, Nr. 7487 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.



# Darmstädter Ostkontakte

## Besuche in Darmstadt und Ostberlin - SPD distanziert sich

Vor einiger Zeit ist ein junger Darmstädter Verwaltungsangestellter namens Heusohn in seinem Urlaub nach Ostberlin gefahren und hat dort vor dem sowjetzonalen Nationalrat gesprochen. Diese Expedition, über die u. a. das „Darmstädter Echo“ laufend berichtet hat, erregte in der Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen und veranlaßte zuständige SPD-Stellen, sich von dem Unternehmen Heusohns zu distanzieren.

Vielleicht ist Heusohn zu seinem Plan, einen Alleingang nach Ostberlin zu unternehmen, durch den Besuch des Erfurter Oberbürgermeisters bei seinem Darmstädter Kollegen Dr. Engel ange-regt worden. Dieser Besuch war indes-sen nicht verabredet, sondern entsprang der Initiative des Erfurter Oberbürger-meisters und wirkte in Darmstadt laut Mitteilung Dr. Engels „überraschend“. Er endete mit einem gemeinsamen Mit-tagessen. Dr. Engel wies darauf hin, daß er schon früher alle Einladungen in den Osten abgelehnt habe. „In Darmstadt werden die politischen Reisenden aus dem Osten in Zukunft vergeblich an die Rath austür klopfen. Wir werden sie nicht einmal mehr empfangen, um ihnen ins Gewissen zu reden.“

Die Äußerungen Heusohns in Ost-berlin sind vom sowjetzonalen Deutsch-landsender und von dem SED-Zentral-organ „Neues Deutschland“ gegen Heu-sohns Absicht als Darlegungen des „Wahlkampfleiters der SPD in Darm-stadt“ auffrisiert worden.

Die Darmstädter SPD ist von der Heu-sohnschen Aktion abgerückt. Der Vorsit-zende der SPD des Unterbezirks Darm-stadt und Großgerau, Wernath, erklärte: „Heusohn ist ohne Wissen der SPD Darmstadt und ohne Auftrag von ihr in die Ostzone gefahren. Die SPD distan-ziert sich von den von Heusohn gemach-ten Äußerungen . . . Die SPD wird den Fall Heusohn untersuchen und die dem-entsprechenden Maßnahmen ergreifen.“ Ähnlich der Unterbezirkssekretär Klapp-rod. Der Darmstädter Vorsitzende der Jungsozialisten, Regierungsinspektor Hoff-mann, betonte, er mißbillige in Über-einstimmung mit Beschlüssen des Partei-vorstandes alle Kontakte mit SED-Orga-nen aufs schärfste. Heusohn sei auch ohne Billigung irgendwelcher Parteigremien in den Osten gefahren, was aus „starkem Geltungsbedürfnis“ zu erklären sein könnte. Es sei möglich, daß Heu-sohn auf eine offizielle Einladung aus Ostberlin hin gefahren sei, sicherlich habe er auch nicht allein gehandelt, wenn

auch noch nicht klar sei, wer „dahinter-stehe“.

Dazu schreibt das „Darmstädter Echo“ vom 6. Dezember 1958 unter der Über-schrift „Pontifexen und Wackelkontakte“:

„Was weiß Dr. Ludwig Engel, was wissen die übrigen Darmstädter Gast-geber, was der Erfurter SED-Bürger-meister Book und seine Genossen zu Protokoll gegeben haben und wann es den sowjetzonalen Konspiratoren ge-fällt, den Darmstädter Kontakt zum Kurzschuß zu bringen und so die Brücke zum Darmstädter Rathaus zu sprengen?“

Vorerst hat der Darmstädter Oberbür-germeister das in kluger und verdienst-

voller Weise von sich aus getan. Das war nicht nur wegen seiner hellen Em-pörung über das Vorgehen Pankows not-wendig, sondern auch im Hinblick auf die Erhaltung des in ihn gesetzten Ver-trauens . . .

Wer will es dem einfachen Staatsbür-ger übelnehmen, wenn sie bei einem solchen Befunde sagen: „Wir kleinen Leute diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges sollen nicht einmal mitein-ander sprechen. Aber die Großen, die tafeln, die speisen, trinken und sprechen zusammen in kleinen vertraulichen Zir-keln, und keiner von uns erfährt, was sie sagen, es sei denn, wir werden von Pankow aus unterrichtet.“

Diese Wirkung des Darmstädter Tech-telmechtels mit den Erfurter SSD-Agen-ten ist tausendmal schlimmer, als der sicherlich heilsame Schock, den unser Oberbürgermeister bei dieser üblen Ge-schichte erlitten hat. Will oder kann er bei künftigen Besuchen von „drüben“ Ge-spräche und Kontakte nicht ablehnen, so mag er Vertreter der Öffentlichkeit zu-ziehen, die darauf achten, daß alles reell und ordentlich zugeht. Jede andere Art gesamtdeutscher Stunden führt zu nicht als zu gefährlichen Wackelkontakten und zu blamablen Pontifaxen.“

## „Verraten und verkauft“?

### Warum Dr. Agartz aus der SPD ausgeschlossen wurde

Nach langem Zögern hat sich der SPD-Vorstand entschlossen, den früheren Wirtschaftstheoretiker der Gewerkschaften Dr. Victor Agartz aus der Partei auszuschließen. Die Begründung lautet u. a., daß seine menschliche und politische Haltung mit den Pflichten eines Parteimitgliedes unvereinbar ge-wesen sei. Auch in den Gewerkschaften soll ein Ausschußverfahren ein-geleitet worden sein.

Über die Gründe, die zu diesem Schritt der SPD-Leitung geführt haben, schreiben die „Ruhrnachrichten“ unter dem 19. Dezember 1958:

„Der Grund für diese verspäteten Maßnahmen ist wohl in dem Erscheinen eines Buches ‚Verraten und verkauft‘ zu suchen, das in den Gewerkschaften und in der SPD bereits heftig diskutiert wird und an dessen Zustandekommen Agartz offensichtlich beteiligt gewesen sein muß. Die Wiedergabe von Privatbriefen an und von Agartz und den Gesprächen des ehemaligen DGB-Chefideologen mit Hans Böckler und Kurt Schumacher legt diesen Schluß nahe.“

Nach einer allgemeinen Charakteristik des Buches heißt es in den „Ruhrnach-richten“ weiter:

„Man könnte über diesen politischen Kriminalroman und seinen schwülstigen Stil, seine Unwahrheiten und Andeu-tungen hinweggehen, enthielte er nicht zwei schwerwiegende Vorwürfe gegen DGB und SPD. Die Mitglieder des DGB haben sicherlich ein Anrecht darauf, zu erfahren, ob die Darstellung des Buches stimmt, nach der 1953 während des Bundestagswahlkampfes ‚mehrere Millionen Deutsche Mark‘ aus den Beitragsgeldern des DGB in die Wahlkampfkasse der SPD geflossen sind. Das Buch schildert, wie auf das WWI (Wirtschaftswissen-schaftliches Institut der Gewerkschaften. D. Red.) ausgestellte Barschecks durch

Dr. Agartz an die SPD gegeben wurden, um auf diese Weise eine Kontrolle der christlich-sozialen Kräfte im DGB aus-zuschalten. Hat sich der Vorgang in der geschilderten Weise abgespielt, so liegt eine Zweckentfremdung von gewerk-schaftlichen Beitragsgeldern vor, die der Tatbestand der Veruntreuung erfülle könnte. Wichtiger aber als diese ju-ristische Frage ist die gewerkschaftspoli-tische: Wie verträgt sich dieser Miß-brauch von Beitragsgeldern mit der ge-werkschaftlichen Neutralität? Es ist zu hoffen, das DGB und SPD bald zu die-ser Darstellung Stellung nehmen.“

Ob und wann die SPD und der DGB sich von einem Mitarbeiter trennen, ist ihre Sache. In diesem Zusammenhang ist es aber angebracht, daran zu erinnern, daß die SPD gegen die CDU nicht mit dem Vorwurf mangelnder Toleranz geizte, als diese sich entschließen mußte, Prof. Hagemann aus ihren Reihen aus-zuschließen, nachdem dieser die Vor-aussetzungen für eine politische Zusam-menarbeit zerstört hatte. Erst nachdem Hagemann sich Ulbrichts böses Wort von der „Pestbeule Westberlin“ zu eigen ge-macht hatte, dämmerte es auch bei der SPD. Sie kann es der CDU kaum zum Vorwurf machen, daß diese die Unmög-lichkeit einer weiteren Zusammenarbeit mit Prof. Hagemann schneller durch-schaute, als es der SPD in beiden Fällen offenbar vergönnt war.

### Flucht in die Freiheit

In den Wochen vom 20. De-zember 1958 bis 2. Januar 1959 belief sich die Zahl der Flücht-linge aus der Sowjetzone auf 3428. Davon waren alleinsteh-ende Personen bis zum 24. Le-bensjahre 343.